

Max Blumenthal vor dem UN-Sicherheitsrat zur Ukraine-Hilfe

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Max Blumenthal (MB): Vielen Dank an Wyatt Reed, Alex Rubinstein und Anya Parampil, die mir bei der Vorbereitung dieser Ausführungen geholfen haben. Wyatt hat als Journalist eigene Erfahrungen mit der Thematik, denn sein Hotel in Donezk wurde im Oktober 2022 vom ukrainischen Militär mit einer Haubitze aus US-Produktion beschossen. Er war 100 Meter entfernt, als der Angriff erfolgte, und wurde dabei fast getötet. Mein Freund, der Bürgerrechtler Randy Credico, ist heute ebenfalls hier anwesend. Er war erst vor kurzem in Donezk und konnte die regelmäßigen HIMARS-Angriffe des ukrainischen Militärs auf zivile Ziele miterleben. Ich bin nicht nur als Journalist mit mehr als 20 Jahren Erfahrung in der Berichterstattung über Politik und Konflikte auf mehreren Kontinenten vertreten, sondern auch als Amerikaner, der von seiner eigenen Regierung dazu gedrängt wurde, einen Stellvertreterkrieg zu finanzieren, der auf Kosten des Wohlergehens meiner Landsleute zu einer Bedrohung der regionalen und internationalen Stabilität geworden ist.

Am 28. Juni dieses Jahres, während die Rettungskräfte an den Aufräumarbeiten für eine weitere toxische Zugentgleisung in den Vereinigten Staaten arbeiteten, diesmal auf dem Montana River, die die chronisch unterfinanzierte Infrastruktur unseres Landes und die damit verbundenen Gefahren für unsere Gesundheit noch deutlicher zutage treten ließ, kündigte das Pentagon zusätzliche Militärhilfe im Wert von 500 Millionen Dollar für die Ukraine an. Die Entwicklung erfolgte zu einem Zeitpunkt, an dem die ukrainische Armee in die dritte Woche einer gepriesenen Gegenoffensive eintrat, die CNN als "nicht den Erwartungen entsprechend" beschreibt und von der selbst Wolodymyr Selenskij behauptet, sie verlaufe "langsamer als gewünscht". Da es dem ukrainischen Militär nicht gelang, Russlands Hauptverteidigungslinie zu durchbrechen, berichtete CNN, dass Kiew bis zum 12. Juni 16 in das Land geschickte gepanzerte Fahrzeuge aus US-Produktion, Zitat, "verloren" habe. Und was unternahm das Pentagon? Man gab die Verantwortung für die Verluste einfach an die US-Steuerzahler wie mich weiter und stellte uns weitere 325 Millionen Dollar in Rechnung, um die verschwendeten ukrainischen Militärgüter zu ersetzen. Es wurden keinerlei Anstrengungen unternommen, die Öffentlichkeit in den USA zu dieser Angelegenheit zu befragen, und die

große Mehrheit der Amerikaner wusste wahrscheinlich nicht einmal, dass dieser Austausch stattgefunden hat. Die soeben beschriebene US-Politik - bei der Washington der uneingeschränkten Finanzierung eines Stellvertreterkriegs mit einer Atommacht in einem fremden Land Vorrang einräumt, während unsere eigene Infrastruktur vor unseren Augen zusammenbricht - offenbart eine beunruhigende Dynamik, die dem Ukraine-Konflikt zugrunde liegt: ein internationales Ponzi-System, das es den westlichen Eliten ermöglicht, den hart erarbeiteten Reichtum der durchschnittlichen US-Bürger zu beschlagnahmen und ihn in die Kassen einer ausländischen Regierung zu leiten, die selbst von der vom Westen unterstützten Transparency International als eine der korruptesten in Europa eingestuft wird. Die US-Regierung hat noch keine offizielle Prüfung ihrer Finanzierung für die Ukraine durchgeführt. Die amerikanische Öffentlichkeit hat keine Kenntnis darüber, wohin ihre Steuergelder geflossen sind. Aus diesem Grund hat The Grayzone diese Woche eine unabhängige Prüfung der US-Steuergelder für die Ukraine in den Steuerjahren 2022 und 2023 veröffentlicht. Unsere Untersuchung wurde von Heather Kaiser geleitet, einer ehemaligen Offizierin des militärischen Geheimdienstes und Veteranin der US-Kriege in Afghanistan und im Irak. Wir fanden eine Zahlung von 4,48 Millionen Dollar von der US-Sozialversicherungsbehörde an die Regierung in Kiew. Wir fanden Zahlungen in Höhe von 4,5 Milliarden Dollar von der US-Behörde für internationale Entwicklung, um die ukrainischen Staatsschulden zu begleichen, von denen ein Großteil der globalen Investmentfirma BlackRock gehört. Das allein sind 30 Dollar, die jedem einzelnen US-Bürger entzogen werden, und das in einer Zeit, in der 4 von 10 Amerikanern nicht in der Lage sind, eine 400-Dollar-Notlage zu bezahlen. Wir haben festgestellt, dass die für die Ukraine bestimmten Steuergelder die Budgets eines Fernsehsenders in Toronto, eines NATO-befürwortenden Think Tanks in Polen und - ob Sie es glauben oder nicht - von Landwirten in Kenia auffüllen. Wir fanden zweistellige Millionenbeträge für private Beteiligungsgesellschaften, darunter eine in der Republik Georgien, sowie eine Millionenzahlung an einen einzelnen Privatunternehmer in Kiew. Unsere Prüfung deckte auch den 4,5-Millionen-Dollar-Vertrag des Pentagon mit einem Unternehmen namens "Atlantic Diving Supply" auf, das die Ukraine mit nicht näher bezeichneter Sprengstoffausrüstung beliefern sollte. Dabei handelt es sich um ein notorisch korruptes Unternehmen, das Thom Tillis, der Vorsitzende des Senatsausschusses für Streitkräfte, zuvor wegen seiner "Betrugsgeschichte" angeprangert hatte. Doch wieder einmal hat der Kongress es versäumt, dafür zu sorgen, dass diese dubiosen Zahlungen und massiven Waffengeschäfte ordnungsgemäß nachvollzogen werden. Tatsächlich ist ein Großteil der militärischen und humanitären Hilfe, die in die Ukraine geliefert wurde, einfach verschwunden. Letztes Jahr zitierte CBS News den Direktor einer gemeinnützigen Pro-Zelensky-Organisation in der Ukraine, der berichtete, dass nur etwa 30 % der Hilfe die Frontlinien in der Ukraine erreichten. Die Veruntreuung von Geldern und Hilfsgütern ist mindestens ebenso besorgniserregend wie die möglichen Folgen des illegalen Transfers und Verkaufs von Waffen militärischer Beschaffenheit. Im vergangenen Juni warnte der Leiter von Interpol, dass die massiven Waffentransfers in die Ukraine bedeuten, dass "wir mit einem Zustrom von Waffen in Europa und darüber hinaus rechnen müssen" und dass "Kriminelle sich bereits

jetzt, während wir hier sprechen, auf diese Waffen konzentrieren".

Im Mai dieses Jahres wurde eine Gruppe Kreml-feindlicher russischer Neonazis, die mit von der ukrainischen Regierung gelieferter Ausrüstung ausgestattet war, von westlichen Politikern für Terroranschläge auf russischem Gebiet mit Humvees aus amerikanischer Produktion gepriesen. Obwohl die Gruppe, die so genannte "Russische Freiwilligeneinheit", von einem Mann angeführt wird, der sich selbst als "Weißer König" bezeichnet und dem zahlreiche offene Bewunderer Adolf Hitlers angehören, hat die westliche Bewaffnung dieser Miliz gegen die russischen Streitkräfte im Kongress zu keinem Protest geführt. Und obwohl die Regierung Biden versprochen hat, die Waffenlieferungen zu überwachen, wurde in einem im Dezember letzten Jahres geleakten Kabel des Außenministeriums eingeräumt, dass "kinetische Aktivitäten und aktive Kämpfe zwischen ukrainischen und russischen Streitkräften ein Umfeld schaffen, in dem Standardüberprüfungsmaßnahmen manchmal undurchführbar oder unmöglich sind". Die Regierung Biden weiß nicht nur, dass sie die Waffen, die sie in die Ukraine liefert, nicht nachverfolgen kann, sondern sie weiß auch, dass sie einen Stellvertreterkrieg gegen die größte Atommacht der Welt anheizt und eine entsprechende Antwort riskiert. Wir wissen, dass sie dieses Kenntnis haben, weil Präsident Barack Obama 2014 - und dieser Zeitpunkt ist so wichtig, denn damals sagte NATO-Sekretär Jens Stoltenberg, der Krieg habe nach einem von den USA unterstützten Staatsstreich begonnen - Forderungen Kiews nach tödlichen Offensivwaffen abgelehnt hat, weil er, wie es das Wall Street Journal ausdrückte, "seit langem die Sorge hatte, dass eine Bewaffnung der Ukraine Moskau zu einer weiteren Eskalation provozieren würde, die Washington in einen Stellvertreterkrieg hineinziehen könnte." Als Donald Trump 2017 sein Amt antrat, versuchte er, Obamas Politik beizubehalten, wurde aber bald von der Pressevertretung Washingtons und der Demokratischen Partei als russische Marionette bezeichnet, da er sich weigerte, Javelin-Raketen von Raytheon an das ukrainische Militär zu liefern. Trumps Weigerung, die Javelin-Raketen zu entsenden, wurde zu einem Teil der Grundlage für seine Amtsenthebung. Wenig überraschend lenkte er ein. Als die von den USA hergestellten Offensivwaffen die Frontlinien im Donbass zu erreichen begannen, nutzte der kollektive Westen die Minsker Vereinbarungen, um der Ukraine "Zeit zu geben", um aufzurüsten, wie es die ehemalige deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ausdrückte. Im Januar 2022 kündigten die USA ein Waffenpaket im Wert von 200 Millionen Dollar für die Ukraine an. Am 18. Februar meldeten Beobachter der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) eine Verdoppelung der Waffenstillstandsverletzungen, wobei die OSZE-Karten zeigten, dass die überwältigende Mehrheit der angegriffenen Orte auf der Seite der prorussischen Separatisten in Donezk und Lugansk lag. Fünf Tage später marschierte Russland in die Ukraine ein. Und seitdem eilen die USA und ihre Verbündeten bei jeder Gelegenheit die Eskalationsleiter hinauf. "Was wir im Januar nicht entsenden konnten, weil es zu einer Eskalation hätte führen können, haben wir im Februar entsendet", beklagte ein ehemaliger Beamter des Außenministeriums nach einem Treffen mit ukrainischen Kollegen. "Und die Mittel, die wir im Februar nicht zur Verfügung stellen konnten, haben wir im April bereitgestellt. Das ist ein eindeutiges Muster, angefangen bei den Stingers, um Himmels willen", sagten sie und

bezogen sich auf schultergestützte Raketen. Präsident Joe Biden selbst sagte im März 2022: "Die Vorstellung, dass wir Offensivrüstung schicken und Flugzeuge und Panzer einsetzen werden... machen Sie sich nichts vor, unabhängig von Ihrer Meinung, das ist der Dritte Weltkrieg." Etwas mehr als ein Jahr später änderte Biden seine Meinung und unterstützte einen Plan zur Lieferung von F-16-Kampffjets an die Ukraine, nachdem er Deutschland gedrängt hatte, die Panzer zu schicken, von denen er einst befürchtete, dass sie den Dritten Weltkrieg auslösen würden. Nur zwei Monate nach dem Erhalt der HIMAR-Systeme aus den USA begann das ukrainische Militär, kritische Infrastrukturen ins Visier zu nehmen, indem es die Antonowsky-Brücke über den Fluss Dnipro angriff und zwei Monate später einen Testangriff auf den Kachowka-Damm durchführte, "um zu sehen, ob das Wasser des Dnipro so weit angehoben werden kann, dass die Russen den Fluss nicht mehr überqueren können", wie die Washington Post berichtete. Vor drei Wochen wurde der Kachowka-Damm zerstört und löste eine große Umweltkatastrophe aus, die zu Massenüberschwemmungen und einer Verunreinigung der örtlichen Wasserversorgung führte. Die Ukraine macht natürlich Russland für den Angriff verantwortlich, hat aber keine Beweise vorgelegt.

Ungefähr zu dieser Zeit beschuldigte die Ukraine Russland auch grundlos, eine Provokation im Kernkraftwerk Saporischschja zu planen. Dies war der Auslöser für eine Resolution der Senatoren Lindsey Graham und Richard Blumenthal (mit dem ich nicht verwandt bin), in der sie ein direktes Eingreifen der NATO in der Ukraine und einen Angriff auf Russland forderten, falls es zu einem solchen Vorfall kommen sollte. Damit haben Blumenthal und Graham de facto eine rote Linie für die Einleitung von US-Militäraktionen gezogen, ähnlich wie in Syrien, das, wie ein ehemaliger US-Diplomat dem Journalisten Charles Glass sagte, "eine offene Einladung für eine falsche Flagge war". Werden wir eine weitere Täuschung erleben, aber dieses Mal in Saporischschja? Warum tun wir das? Warum provozieren wir eine nukleare Vernichtung, indem wir die Ukraine mit fortschrittlichen Waffen überschwemmen und die Verhandlungen bei jeder Gelegenheit sabotieren? Personen wie Senator Dick Durbin erklärten uns, die Ukraine befinde sich "buchstäblich selbst in einem Kampf um Freiheit und Demokratie", weshalb wir sie mit Waffen versorgen müssten, "so lange es nötig ist", wie Präsident Biden sagte. Jeder, der sich gegen Militärhilfe für die Ukraine ausspricht, spricht sich nach dieser Logik gegen die Verteidigung der Demokratie aus. Wo bleibt also die Demokratie in Wolodymyr Selenskyjs Entscheidung, Oppositionsparteien zu verbieten, die Medien seiner legitimen politischen Gegner zu kriminalisieren, seinen wichtigsten politischen Rivalen zu verhaften, seine wichtigsten Abgeordneten zu versammeln, orthodoxe Kirchen zu durchsuchen und Geistliche zu verhaften? Wo bleibt die Demokratie, wenn die ukrainische Regierung Gonzalo Lira, einen US-Bürger, inhaftiert, weil er die offizielle Darstellung der Kriegsanstrengungen in Frage stellt? Und wo ist die Demokratie in Selenskyjs jüngster Entscheidung, die Wahlen im Jahr 2024 mit der Begründung des Kriegsrechts auszusetzen? Die Demokratie in der Ukraine scheint in diesen Tagen schwieriger zu finden zu sein als der plötzlich unauffällige Oberbefehlshaber des Militärs, Walerij Saluschnyj.

Senator Graham hat eine viel düsterere - und treffende - Begründung für die Lieferung von

Waffen in Milliardenhöhe an die Ukraine vorgebracht. Wie der Senator kürzlich bei einem Besuch mit Selenskyj in Kiew prahlte: "Die Russen sterben... es handelt sich um die besten Investitionen, die wir je getätigt haben." Wir sollten nicht vergessen, dass Graham auch erklärte, dass wir, die USA, diesen Krieg bis zum letzten Ukrainer führen müssen. Obwohl die offiziellen Opferzahlen streng geheim sind, müssen wir befürchten, dass die Ukraine auf dem besten Weg ist, die schaurigen Fantasien des Senators zu erfüllen. Wie ein ukrainischer Soldat diesen Monat gegenüber Vice News beklagte, wissen wir nicht, was Selenskyjs "Pläne sind, aber es sieht nach der Ausrottung der eigenen Bevölkerung aus - der kampfbereiten und der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Das ist alles." In der Tat wachsen die Soldatenfriedhöfe in der Ukraine fast so schnell wie die McMansions in Nord-Virginia und die Strandanwesen der Führungskräfte von Lockheed Martin, Raytheon und anderen Auftragnehmern am Beltway, die von den zweithöchsten Militärausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg profitieren. Dies sind die wahren Gewinner des Stellvertreterkriegs in der Ukraine. Nicht der durchschnittliche Ukrainer oder Amerikaner. Oder Russen oder sogar Westeuropäer. Die Gewinner sind Menschen wie Außenminister Tony Blinken, der in der Zeit zwischen den Regierungen Obama und Biden eine Beratungsfirma namens WestExec advisors gründete, die lukrative Regierungsaufträge für Geheimdienstunternehmen und die Rüstungsindustrie sicherte. Zu Blinkens ehemaligen Partnern bei WestExec advisors gehören die Direktorin des Nationalen Nachrichtendienstes Avril Haines, der stellvertretende CIA-Direktor David Cohen, die ehemalige Pressesprecherin des Weißen Hauses Jen Psaki und fast ein Dutzend derzeitige und ehemalige Mitglieder von Bidens nationalem Sicherheitsteam. Verteidigungsminister Lloyd Austin seinerseits ist ein ehemaliges und möglicherweise künftiges Vorstandsmitglied von Raytheon und ehemaliger Partner der Investmentfirma Pine Island Capital, die mit WestExec zusammenarbeitet und von Blinken beraten wurde. Die derzeitige US-Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Linda Thomas Greenfield, ist als Senior Counsel bei der Albright Stonebridge Group gelistet, einer selbsternannten "Firma für kommerzielle Diplomatie", die auch Verträge für den Geheimdienstsektor und die Rüstungsindustrie ausarbeitet. Diese Firma wurde von der verstorbenen Madeleine Albright gegründet, die berüchtigt dafür war, dass sich der Tod von einer halben Million irakischer Kinder unter dem US-Sanktionsregime "gelohnt" hat.

Während also ukrainische Männer mittleren Alters von der Militärpolizei von der Straße aufgelesen und an die Front geschickt werden, planen die finanziell und politisch gut vernetzten Architekten dieses Stellvertreterkrieges durch eine Drehtür der Profite zu gehen, sobald ihre Zeit in der Biden-Administration vorbei ist. Für sie bedeutet eine Verhandlungslösung dieses Territorialstreits das Ende des Geldsegens von fast 150 Milliarden Dollar an US-Hilfe für die Ukraine. Wenn die Vereinigten Staaten, ein ständiges Mitglied dieses Rates, unter die Kontrolle einer Regierung geraten sind, die einen Stellvertreterkrieg fortsetzen will, "so lange es nötig ist", die Diplomatie als Synonym für einseitige Zwangsmaßnahmen ansieht, um "den Rubel zu Boden zu bringen", wie Biden es versprochen hat; dessen Führung Verhandlungen untergräbt, um Profit zu machen, und sich weigert, seine eigenen Bürger ordnungsgemäß über die Kosten zu informieren, und das Söhne und Brüder

seiner angeblichen ukrainischen Partner auf ein Schlachtfeld schickt, um einen geopolitischen Rivalen zu besiegen; wenn sowohl Selenskyj als auch Mitglieder des US-Kongresses Präventivschläge gegen Russland fordern, die dem Sinn von Artikel 51 der UN-Charta zuwiderlaufen, muss dieser Rat Maßnahmen ergreifen, um diese Charta durchzusetzen. Die Artikel 33 bis 38 des Kapitels VI der Charta besagen eindeutig, dass der Sicherheitsrat seine Befugnisse nutzen muss, um eine friedliche Beilegung von Streitigkeiten zu gewährleisten, insbesondere wenn diese die internationale Sicherheit gefährden. Das sollte nicht nur für Russland und die Ukraine gelten. Dieser Rat hat die Pflicht, die USA und die illegale militärische Formation, die als NATO bekannt ist, streng zu überwachen und einzuschränken. Ich danke Ihnen.

ENDE